

quente Handeln der Landesregierung ebenfalls nachzuweisen. Der Redner mahnte ein klares Konzept zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in der Rheinschiene an und forderte den Aufbau großräumiger Verbundsysteme. Aber gerade da tue die Regierung trotz ihrer Ankündigungen nichts, sondern fahre sogar die Haushaltsmittel zurück: „Die riesige Verschuldung macht das Land hier offensichtlich handlungsunfähig.“ Die niedrige Verbundquote im GFG habe zur Folge, daß die Städte und Gemeinden bei den Ausgaben für die Sauberhaltung der oberirdischen Gewässer bremsen müßten; sie seien aber nicht Verursacher der Giftwellen im Rhein und hätten darum Anspruch auf Unterstützung durch das Land.

Siegfried Jankowski (SPD) erteilte der Schmutzwasserpipeline entlang des Rheins eine Abfuhr: „Man sollte alles tun, Abfallstoffe zu vermeiden und sie nicht zu transportieren.“ Er verlangte, die chemische Industrie müsse das Vermeiden von Umweltbelastungen nicht nur zum Thema ihrer Produktbeurteilung, sondern zu einem festen Bestandteil ihres Unternehmensziels machen. Die Landesregierung sollte alles tun, damit in den Betrieben Arbeits- und Umweltschutz gleichrangig bewertet werden: „Für uns Sozialdemokraten ist eine unterschiedliche Bewertung der gesundheitlichen Belastungen am Arbeitsplatz und in der Umwelt nicht tragbar.“ Freiwillige Regelungen, das hätten die Unfälle der letzten Zeit gezeigt, reichten nicht aus, um die gesamte Industrie zur bestmöglichen Verwirklichung der Sicherheitsstandards und Umweltschutzbestimmungen zu veranlassen; besonders eilbedürftig sei darum eine Verbesserung der Störfallverordnung, der Meldepflicht und des Katastrophenschutzes. Zudem müßten die Gewerbeaufsichtämter personell verstärkt werden, ein umfassendes Register wassergefährdender Schadstoffe sei anzulegen.

Dr. Bernhard Worms (CDU) begrüßte die wohlthuende Sachlichkeit der Debatte. Vom Umweltminister verlangte er mit Blick auf den Vorfall bei Bayer Leverkusen, er müsse den Sachverhalt in der richtigen Ordnung vortragen: „Die Firma hat das Ihrige getan“, stellte er fest und bezog sich auf eigene Ermittlungen, die man bei Bayer angestellt habe.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) räumte ein, daß die gegenwärtige Meßtechnik etwa sechs Stunden für den Nachweis von Schadstoffen brauche. Es sei aber nicht hinnehmbar, daß die Analyse so lange dauere, wenn etwa hochgiftige Stoffe austräten.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 864303, 864304 und 864545, btx: # 56801*

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Ludger Baumeister (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Druck: Rheindruck Düsseldorf GmbH

Porträt der Woche



Brigitta Heemann (SPD)

Brigitta Heemann wehrt sich lächelnd: „Ich bin doch nur eine kleine Abgeordnete“, auf ihr Urteil komme es doch noch gar nicht an, meint die junge Abgeordnete und entzieht sich damit der Aufforderung, doch einmal ein Urteil abzugeben über die innere Verfassung des Düsseldorfer Landtags. Aber immerhin, soviel läßt sie sich entlocken: Da sie nicht nach Düsseldorf gekommen sei, um die Welt im Landtag zu verändern, habe sie auch keinen Grund zur Klage.

Den hatte vor nun schon gut eineinhalb Jahren im heimischen Soest um so mehr die CDU. Denn der verheirateten Diplom-Finanzwirtin war im ersten Anlauf gelungen, was vor ihr eine ansehnliche Reihe männlicher Kandidaten nicht geschafft hatten: der CDU den als tiefschwarz geltenden Wahlkreis 140 zu entreißen. Elf Prozent hatte zuletzt der Vorsprung der CDU vor der SPD in Soest betragen. Als alle Stimmen am 12. Mai 1985 ausgezählt waren, hatte die SPD die Nase mit hauchdünnen 0,2 Prozent vorn. Brigitta Heemann hütet sich wohlweislich, diesen Erfolg nur ihrer eigenen Kandidatur zuzuschreiben. Aber dieses und jenes Prozentpünktchen mag damals wohl auch deshalb bei der SPD hängengeblieben sein, weil die Partei hier zum ersten Mal eine Frau ins Rennen geschickt hatte. Und wenn es nach ihren Wünschen geht, so soll das auch noch die eine oder andere Legislaturperiode in Soest so bleiben, meint Brigitta Heemann ganz gelassen.

Dabei ist sie gar keine gebürtige Soesterin. Für den Vater, einen Beamten im mittleren Dienst, war das Städtchen im Westfälischen nur eine von mehreren dienstlichen Durchgangsstationen. Als die Eltern aber Anfang der siebziger Jahre wieder umziehen mußten, blieb Brigitta Heemann, wie sie selbst sagt, „in Soest hängen“. Der Liebe wegen, darf hinzugefügt werden. Damals wurde sie auch Sozialdemokratin, wegen ihres ausgeprägten Gerechtigkeitsgefühls, erklärt sie rückschauend. Schon in der Schule habe es sie gestört, daß manche Lehrer, selbst der Direktor des Gymnasiums, bei ihnen passend anmutender Gelegenheit doch schon mal die Bemerkung machten, als Tochter eines nur mittleren Beamten sollte sie gefälligst froh und zufrieden sein, dieses Gymnasium besuchen zu können. Eigentlich reiche doch für Kinder aus solchem Elternhaus auch die Mittlere Reife, habe sie sich anhören müssen. Brigitta Heemann reichte das nicht. Sie machte Abitur, eine kaufmännische Lehre, besuchte die Landesfinanzschule. Daß sie aufgrund dieses beruflichen Werdegangs nun als einzige Frau im Haushaltskontrollausschuß des Landtags sitzt, amüsiert sie eher, als daß es Ergebnis ihrer ureigensten Interessen gewesen wäre.

Hinter ihrem Lächeln, der verbindlichen Art und einem Schuß Koketterie mit weiblicher Zartheit verbirgt die junge Abgeordnete einen nicht unbeträchtlichen politischen

Ehrgeiz. Zwar behauptet sie noch, daß ihr das politische Tagesgeschäft oft schwerfalle, daß Nacken- und Tiefschläge sie schmerzten (wobei sie nicht verhehlt, daß solche Hiebe nicht nur von der Opposition kommen) – aber daß sie als Landtagsabgeordnete gerade im heimischen Wahlkreis „schon etwas ist“, daß sie diesen Zustand genießen kann, seine Möglichkeiten ausschöpft, daß sie in diesem Zustand noch viele lange Jahre leben möchte, sagt Brigitta Heemann auch ganz schnörkellos und ohne falsche Bescheidenheit. Innerparteilich zählt sie sich eher zur Linken in der SPD, obwohl dies eher ein Gefühl aus dem Bauch heraus ist, auch weil es so schwer geworden ist, diese Linke inhaltlich zu definieren und abzugrenzen von anderen Strömungen innerhalb der Volkspartei SPD.

Frauensolidarität im Landtag über die Parteigrenzen hinweg? Die letzten Illusionen zu diesem Thema sind der sozialdemokratischen Abgeordneten in der November-Sitzung des Parlaments vergangen, als es mal wieder um den Paragraphen 218 ging. Das Verhalten der CDU-Frauen in dieser Diskussion habe sie doch „sehr betroffen“ gemacht, sagt Brigitta Heemann, ihr auch die Lust genommen, Bündnispartnerinnen bei der CDU zu suchen bei Themen, die ihr als Frau besonders wichtig sind, wobei sie alles aufzählt, was sich unter den Stichworten Gerechtigkeit und Hilfe für die Schwächeren in dieser Gesellschaft subsumieren läßt. Sie weiß, daß sie auch als Mitglied der Mehrheitsfraktion mit Kompromissen leben muß, aber sie will dabei keine Ruhe geben in ihrem Bemühen, sich um die Interessen derer zu kümmern, die „keine starke Lobby haben“ – im Parlament oder anderswo. Sie versteht sich seit ihrem Abschied aus dem Finanzamt als Vollzeitpolitikerin. Ob das ihrem Mann in Soest gefalle? Da lächelt sie wieder: „Begeistert war der am Anfang nicht. Er hatte ‚naja‘ zu meiner Kandidatur gesagt.“ Aber jetzt helfe er ihr nach Kräften. Und das, versichert Brigitta Heemann, sei keine der sonst bei diesem Thema üblichen Phrasen... Reinhard Voss